Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 2

Artikel: Das Ja steht nicht im Parteiprogramm
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339512

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Profil

Richard Lienhard

Das Ja steht nicht im Parteiprogramm

Das vorliegende Heft befasst sich im Blick auf die eidgenössische Volksabstimmung vom 18. Februar 1979 vorwiegend mit der Energiepolitik im allgemeinen und der *Atominitiative* im besonderen. Es handelt sich hier also um ein sogenanntes «Schwerpunktheft» – ein unschönes Wort, das aber den Sachverhalt trifft.

Zurück zur Sachlichkeit

Nach den bisherigen Erfahrungen zu schliessen, dürfte mit einer leidenschaftlichen Auseinandersetzung um die Atominitiative zu rechnen sein. Es wäre zu wünschen, dass bei dieser Diskussion sachliche Überlegungen und Differenzierungen nicht einfach durch das Emotionale verdrängt werden. Ich befürchte sehr, dass dieser Wunsch nicht überall in Erfüllung geht. Was unsere Zeitschrift betrifft, so soll sie – ihrem Charakter entsprechend – auch in dieser Frage das Forum für eine sachliche Auseinandersetzung bilden. Um zu einer fruchtbaren Diskussion zu kommen, erscheint es mir als zweckmässig, dass zum vornherein deutlich gemacht wird, von welchem Gesichtspunkt aus das Problem angegangen wird. Ich bin keineswegs, wie mir das gelegentlich unterschoben wird, ein Kernkraftwerk-Fan. Der «Tanz um die Atome» vermag mich nicht zu faszinieren. Was mich hier interessiert, ist der Versuch, die in Frage stehende Atominitiative an der grundsätzlichen sozialdemokratischen Politik und an unserm Parteiprogramm zu messen.

Leider musste ich in den letzten Jahren persönlich erfahren, wie sehr die Kernkraftwerkfrage zu einer Glaubens- und Gewissensfrage hochstilisiert wurde: Wer nicht unbedingt und ohne Einschränkung mit den Bataillonen gegen die Atomkraftwerke marschiert, der gilt bereits als suspekt. Als ich kürzlich in einer Sektionsversammlung zur Quartierdemokratie Stellung nahm, gab mir ein Zwischenrufer zu bedenken: «Dein Bekenntnis zu dieser Demokratie ist nicht glaubwürdig; denn du bist ja für den Atomstrom . . .!»

Dabei wurden bis heute in unserer Zeitschrift vorwiegend Beiträge von Atomkraftwerkgegnern publiziert. Ihr Grundanliegen soll auch nicht in Zweifel gezogen werden: Ihnen ist es nämlich zu danken, dass sie sich von Anfang an darum bemühten, auf die Folgen der Umweltzerstörung hinzu-

weisen, Verständnis für die ökologischen Gefahren zu wecken und auf die Grenzen der Technologie aufmerksam zu machen. Eine kritische Haltung gegenüber der Technik ist schon deshalb am Platz, weil sie sich gerne dazu missbrauchen lässt, unsere Lebensquellen zu zerstören. Wir müssen lernen, nach dem Preis zu fragen, den die Techniker und Naturwissenschafter in dieser Welt fordern. Das Gewissen für diese Zusammenhänge geschärft zu haben, das ist zweifellos das Verdienst der Kernkraftwerkgegner. *Nicht zu folgen vermag ich ihnen aber dort, wo ihre militanten Vertreter sich einem eindimensionalen Denken verschreiben, für die Methoden eines Dr. Eisenbart plädieren und so das Kind mit dem Bad ausschütten.* Allzu viele von ihnen sind einer romantisch-anarchistischen Denkrichtung verhaftet und richten sich im Grunde genommen nicht mehr nur gegen die Technik, sondern gegen den wirtschaftlichen Fortschritt überhaupt. Eine Gesellschaft aber, wie wir sie als Sozialdemokraten sehen, kann nicht industriefeindlich orientiert sein und darf sich auch nicht gegen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt an sich wenden. Sie verträgt sich daher nicht mit einer Tabula-rasa-Politik und mit wirtschaftspolitischen Einbahnstrassen. Wer die ökologische Bewegung unterstützt und dazu beiträgt, die Grenzen und die Gefahren unserer Technologie aufzuzeigen, braucht deshalb noch nicht in die vorindustrielle Zeit zurückzukehren. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es vielmehr, durch bewusste Rahmenplanung dahin zu wirken, die moderne Technologie in den Griff zu bekommen und sie in den Dienst des Menschen und seiner natürlichen Umwelt zu stellen. Dadurch unterscheiden wir uns von den Auffassungen jener, die sich zur «grünen Philosophie» bekennen.

Verzicht auf Wirtschaftswachstum?

Es gilt, den Realitäten der nächsten Zukunft ins Auge zu sehen. Auszugehen ist von der Tatsache, dass in einem modernen Industriestaat der Bedarf an Energie ständig wächst. Ein leichtes ist es, dem Energiesparen das Wort zu reden. Damit könnte man gar noch Wahlen gewinnen. Wer es als Politiker auch nur versuchen würde, diese Appelle durchzusetzen, müsste rasch genug erleben, wie man Wahlen verlieren kann. Selbst die fanatischsten Energiezuwachsgegner würden es nie zulassen, dass man sie etwa in der Nutzung ihres Automobils schmälerte. Wer auch in Zukunft die gleich hohen Ansprüche an das Leben stellt, der muss den Energiezuwachs bejahen. Aber auch eine langfristige Drosselung des Wachstums der Energieproduktion bedeutete noch nicht zwangsläufig, dass dies auch für den Stromsektor Geltung haben müsste; denn Elektrizität ist eine umweltfreundliche, flexibel zu handhabende und daher förderungswürdige Form der Energie. Das zunehmende Sinken des immer teurer werdenden Erdölkonsums wird die Nachfrage nach Strom immer mehr steigern. Man denke nur an die zunehmende Elektrifizierung der Haushalte. Sie bedeutet für unzählige Frauen die unabdingbare Voraussetzung zur Erfüllung ihrer

Doppelfunktion als Erwerbstätige und als Hausfrau. Auf der Grundlage dieser Alternative lässt sich aber nicht verkennen, dass wir um die achtziger Jahre herum mit einer Energielücke zu rechnen haben werden. Diese lässt sich auch durch konventionelle Energieträger nicht mehr schliessen. Bis etwa Sonnenenergie im grossen Massstab gewonnen werden kann, bleibt auf Grund der gesicherten Uranvorräte die Kernenergie als einzige zuverlässige Energiequelle übrig. Die andere Alternative wäre Verzicht auf Energiezuwachs, Rückkehr zum einfachen Leben und so Verzicht auf Wirtschaftswachstum. Wollen wir das?

Ulrich Kägi hat, wie seinem sehr lesenswerten Buch «Wird Freiheit Luxus?»[1] zu entnehmen ist, Nationalrat *Braunschweig* gefragt: «Sind Sie bereit, vor Ihre Genossen zu treten und zu erklären, dass die Sozialdemokratie von heute an für eine Gesellschaft kämpft, die weniger leisten und folglich auch weniger verteilen kann?» Der Gefragte antwortete ausweichend: «Ja, aber die Fragestellung ist nicht ganz richtig.» Braunschweig hält dafür, dass es nicht darum gehe, «weniger zu verteilen, sondern anders zu verteilen». Diese Auffassung hält einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Es ist von sozialdemokratischen Nationalökonomen schon zur Genüge dargelegt worden, dass sich auf dem Wege über eine Vermögensumverteilung die Lage des einzelnen Arbeitnehmers kaum verbessern würde.[2] Eine sichtbare Verbesserung der Realeinkommen für Arbeitnehmer lässt sich nur durch Wirtschaftswachstum bewerkstelligen. Zutreffend hat deshalb auch Bundesrat Ritschard kürzlich in einer Stellungnahme zur Volksabstimmung vom 18. Februar 1979 unter anderem geäussert: «Es ist mehr als gefährlich, ein Nullwachstum erzwingen zu wollen. Ich bin Gewerkschafter, ich weiss, wer die Nullen in der Wirtschaft zu bezahlen hat.»

Auch das sozialdemokratische Parteiprogramm bekennt sich ausdrücklich zum Wirtschaftswachstum. Um so weniger lässt sich die Auffassung vertreten, ein Ja zur Atominitiative lasse sich aus diesem Programm ableiten.

Unter dem Einfluss der grünen Philosophie

Es fällt auf, dass die Politik der militanten Atomkraftwerkgegner sich durch ein irrationales Denken auszeichnet. Irrationalismus war aber bis anhin stets das untrügliche Zeichen konservativer Politik, während anderseits Anziehungskraft und Erfolg sozialdemokratischer Politik stets auf dem rationalen Element beruhten. Der sicherlich unverdächtige Linkssozialist *Hindels* hat kürzlich in der sozialistischen Zeitschrift «Die Zukunft» (Organ der SPÖ) mit Recht darauf hingewiesen, wie gefährlich es

---

[1] *Ulrich Kägi:* «Wird Freiheit Luxus?» 33 Gespräche über die Zukunft der Schweiz. Walter Verlag, Olten.

[2] Vgl. dazu insbesondere *Karl Landauer:* «Die Sozialdemokratie», Hamburger Hefte für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, herausgegeben von Heinz-Dietrich Ortlieb, S. 58 f. und die dort angegebene Literatur.

sei, ökologische Fragen aus dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang herauszureissen. Als Sozialist müsse man erkennen, dass die grüne Philosophie an ihrer eigenen Einseitigkeit, an dem ökologischen Getto scheitern müsse. Um so gefährlicher sei die unheilige Allianz zwischen linken und konservativen Naturschützern. Der unheilvolle Einfluss auf die in der Anti-Atomkraftwerk-Bewegung organisierten Linken sei denn auch offensichtlich. So müsse auffallen: Alles konzentriere sich auf die Kampagne gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie. Wie riesengross die Gefahr der radioaktiven Verseuchung durch die Lagerung von gigantischen Mengen atomaren Rüstungsmaterials sei, dies werde kaum mehr registriert. Gewichtige gesellschaftliche Aufgaben würden völlig vernachlässigt. Hindels hält es sodann für bedenklich, dass die gegen die Atomkraftwerke operierenden Sozialisten nicht deutlicher machten, was sie von den konservativen Kräften unterscheide. Letztere neigten dazu, alles, was die Umwelt zerstöre, auch zu verbieten. Für den Sozialisten komme es darauf an, den Verursacher der Zerstörung oder Verschmutzung zur Aufbringung der erforderlichen Mittel zu veranlassen: «Nicht die Schliessung von Industrieunternehmen wird das Ziel sein, sondern die Durchsetzung einer wenn auch zusätzliche Kosten verursachenden umweltfreundlichen Produktion.» Schliesslich schreibt der Marxist Hindels den unter den Kernkraftwerkgegnern befindlichen Marxisten ins Stammbuch: «Marx und Engels haben die Sozialisten gelehrt, dass die mächtige Entfaltung der Produktivkräfte und ein hohes Niveau der materiellen Erzeugung zu den Voraussetzungen des Sozialismus gehören.» Aber Hindels ist nicht der einzige, der sich gegenüber dieser Art von Umweltschutzpolitik kritisch zeigt. So gab kürzlich *Peter Mencke,* Chef der Abteilung Umweltschutz in Bonn, zu bedenken: «In der Umweltbewegung, der wir wahrhaftig viel verdanken, breitet sich zunehmend eine antiparlamentarische und antidemokratische Ideologie aus, die mich bedrückt; sie enthält sozialdarwinistische Elemente, vieles erinnert an das ‚Blut-und-Boden'-Denken der Nazis. Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Grenzen zu faschistoiden Positionen erreicht und sogar überschritten werden» («Die Zukunft», November 1978).

Solche Stimmen, so scheint mir, dürfen auch hierzulande nicht ungehört bleiben.

Besser als Furcht

Nach dem Gesagten verwundert es nicht, dass seitens gewisser militanter Kernkraftwerkgegner mehr als zuträglich irrationale Ängste geweckt werden. Mit Recht hat man bis anhin seitens der Sozialdemokratie dem politischen Gegner immer wieder zum Vorwurf gemacht, dass er sich des Geschäfts mit der Angst bediene, um seine konservative Position zu verteidigen. Gegen diese Taktik hat sich einmal der frühere Labour-Führer und Arbeitsminister *Bevan* gewandt, indem er ein berühmtes Buch schrieb: «Besser als Furcht». Und nun stellen wir fest, dass es auch auf seiten der

Linken Leute gibt, die sich mit dem Geschäft der Furchterregung ebenso stark zu machen verstehen.

Die militanten Kernkraftwerkgegner pflegen mit Vorliebe das Atombombentrauma zu nutzen: Die Angst vor der hunderttausendfachen Tod und Vernichtung bringenden Atombombe soll auf die friedliche Nutzung der Kernkraft umgemünzt werden. Immer wieder hört man das Argument, es könnte einmal im Fall kriegerischer Ereignisse ein Kernkraftwerk durch ein Geschoss getroffen werden, was zu einer unübersehbaren Katastrophe führen müsste. Auch die Gefahr von Naturkatastrophen (etwa Erdbeben) wird an die Wand gemalt. Dabei sollte man nachgerade wissen, dass im Laufe der mehr als drei Jahrzehnte seit der Errichtung des ersten Kernkraftwerkes ein automatisch wirksames Sicherungssystem bei Störfällen entwickelt wurde. Das System hat sich bis heute ohne Ausnahme bewährt: Bei Gefahr schaltet das Kernkraftwerk sofort ab.

Natürlich gibt es auch hier keine absolute Sicherheit. Von Erich Kästner stammt der Satz: «Das Leben des Menschen ist lebensgefährlich.» Es stellt sich eben bei allen technischen Anlagen die Frage des «Restrisikos». Dank einem perfekten Sicherheitssystem ist aber bei Kernkraftwerken die Wahrscheinlichkeit grosser Unfälle extrem klein und mit den Risiken bei Natur- und technischen Katastrophen wie Dammbrüchen und Explosionen in chemischen Anlagen nicht zu vergleichen. Nach dem bekannten Rasmussen-Report liegt das Risiko eines Menschen, durch einen Reaktorunfall ums Leben zu kommen, bei 1:5 Milliarden! Man hat daher schon den Eindruck, wir lebten in einer schizophrenen Welt: Da verketzert man in erster Linie eine Technologie, die in kommerziell betriebenen Kernkraftwerken noch keinen einzigen Strahlentoten zu verzeichnen hatte. Wollte man wegen der Risiken das Kernkraftwerk verbieten, dann müsste zuerst schleunigst das Autofahren behördlich verboten werden. Auf den Strassen Europas werden laut einer zuverlässigen Statistik jährlich etwa 100 000 Menschen ausgerottet und zwei Millionen verletzt.

Das schwierigste Umweltproblem bei Kernkraftwerken ergibt sich zweifellos aus der Lagerung des Atommülls. Eine wirklich zuverlässige Lagerung dieser hochradioaktiven Stoffe verursacht erhebliche Kosten. Bei den relativ kleinen Mengen, die in der Schweiz anfallen werden, ist eine technisch und sicherheitsmässig einwandfreie Lösung dieses Problems ohne weiteres möglich. Sich hier um den zuverlässigsten Schutz vor jeder radioaktiven Strahlung zu bemühen ist besser als die Verbreitung von Furcht.

Blick über die Grenzen

Als Sozialdemokraten sollten wir die Verpflichtung fühlen, auch in der Frage der Kernenergie über die Grenzen des Landes hinaus zu blicken; denn das Problem der Kernenergieproduktion ist ein weltweites. Aber gerade hier zeigt sich die Schwäche gewisser linksgerichteter Atomkraftwerkgegner: Von der vielgepriesenen internationalen Solidarität – Haupt-

punkt jedes sozialistischen Programms – ist da wenig zu spüren. So pflegen sie gerne anzuführen, eine allfällige Energielücke könne durch Strombezug aus dem Ausland gedeckt werden. Dass aber ein grosser Teil dieses Stroms aus Kernkraftwerken stammt, dies wird wohlweislich verschwiegen.

Überall dort, wo in Europa Sozialdemokraten massgebend an der Regierung beteiligt sind und daher Verantwortung übernommen haben, kommt man um die Förderung der Kernenergie nicht herum. In Schweden wurde die sozialdemokratische Regierung unter dem sehr linksstehenden Ministerpräsidenten Palme gestürzt, weil Konservative und Liberale in der Ablehnung von Kernkraftwerken plötzlich ein Wahlkampfthema entdeckt hatten. In Österreich waren es ebenfalls die Konservativen, welche gegen das Kernkraftwerk Zwentendorf den Kampf führten, nachdem sie – als sie noch an der Macht waren – den Grundstein dazu gelegt hatten! An diesen Beispielen zeigt sich das opportunistische Element der Anti-Kernkraftwerk-Politik. Man mag mit Hilfe von Kernenergiegegnern hier und dort Wahlen gewinnen und so einen kurzfristigen Erfolg erzielen. Wenn aber jeder Wahlsieg erkauft wird durch Verrat an Grundsätzen und durch Aushöhlung des eigenen Parteiprogramms, warum dann noch siegen?

Die grosse sozialistische Partei Österreichs, welche auch die Regierung stellt, hat in ihrem soeben neugeschaffenen Parteiprogramm die Erklärung aufgenommen, dass «im gegenwärtigen Zeitpunkt auf die Nutzung der Kernenergie nicht verzichtet werden kann». Die erfolgreichen österreichischen Sozialisten sind keine romantischen Schwärmer. Sie wollen nicht zurück zur einfachen Lebensform, zum Null-Wachstum und zum Armutstaat. Sie wollen vorwärts zu einer menschlichen Gesellschaft, die aber auf die grossartigen Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht verzichten kann.